Stand: 15.12.2025 19:32:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10574

"Kommunen stärken - bezahlbaren Wohnraum ermöglichen I: Handlungsmöglichkeiten für Landkreise im sozialen Wohnungsbau schaffen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10574 vom 16.03.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11178 des KI vom 06.04.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11707 vom 01.06.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 01.06.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 16.03.2016 **Drucksache** 17/**10574**

Antrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Harald Güller, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Horst Arnold, Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Margit Wild, Martina Fehlner, Susann Biedefeld, Klaus Adelt SPD**

Kommunen stärken – bezahlbaren Wohnraum ermöglichen I: Handlungsmöglichkeiten für Landkreise im sozialen Wohnungsbau schaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag einen Vorschlag für eine gesetzliche Regelung zu unterbreiten, mithilfe derer die Landkreise eindeutig dazu berechtigt werden, sozialen Wohnungsbau zu betreiben.

Begründung:

Der Sozialwohnungsbestand hat sich in Bayern in den letzten Jahren erheblich reduziert. Gab es im Jahr 1999 zunächst noch 250.000 Wohnungen, so waren es im Jahr 2014 nur noch 130.000. Zwar sollen mit dem Wohnungspakt Bayern bis zum Jahr 2019 28.000 neue staatlich finanzierte oder geförderte Mietwohnungen entstehen, jedoch reicht diese Anzahl bei Weitem nicht aus, um den Bedarf an sozialem Wohnraum zu decken. Gerade in Großstädten, Ballungszentren und Universitätsstädten – aber bei Weitem nicht nur dort – fehlen Sozialwohnungen.

Kreisangehörigen Gemeinden ist es auf Grund ihrer beschränkten finanziellen Mittel, aber auch aus rechtlichen Gründen oft nicht möglich, ihrer im eigenen Wirkungskreis gemäß Art. 83 der Bayerischen Verfassung obliegenden Verpflichtung, sozialen Wohnraum zu schaffen, nachzukommen. Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, den Landkreisen als übergeordneter kommunaler Ebene Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen, um diese dringende, dem Allgemeinwohl dienende Aufgabe in eigener Zuständigkeit zu erfüllen. Es muss also eine gesetzliche Regelung getroffen werden, die eindeutig festlegt, dass Landkreise sozialen Wohnungsbau betreiben dürfen. Hierfür sind die kommunalrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 06.04.2016 **Drucksache** 17/**11178**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte u.a. SPD
Drs. 17/**10574**

Kommunen stärken - bezahlbaren Wohnraum ermöglichen I: Handlungsmöglichkeiten für Landkreise im sozialen Wohnungsbau schaffen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Günther Knoblauch**
Mitberichterstatter: **Alexander Flierl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 6. April 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 01.06.2016 **Drucksache** 17/**11707**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Harald Güller, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Horst Arnold, Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Margit Wild, Martina Fehlner, Susann Biedefeld, Klaus Adelt SPD**

Drs. 17/**10574**, 17/**11178**

Kommunen stärken – bezahlbaren Wohnraum ermöglichen I: Handlungsmöglichkeiten für Landkreise im sozialen Wohnungsbau schaffen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte u. a. (SPD)
Kommunen stärken - bezahlbaren Wohnraum ermöglichen I:
Handlungsmöglichkeiten für Landkreise im sozialen Wohnungsbau schaffen!
(Drs. 17/10574)

und

Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte u. a. (SPD)
Kommunen stärken - bezahlbaren Wohnraum ermöglichen II:
Verkauf von staatlichen Grundstücken an Kommunen erleichtern!
(Drs. 17/10575)

und

Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte u. a. (SPD)
Kommunen stärken - bezahlbaren Wohnraum ermöglichen III:
Förderprogramm des Wohnungspakts Bayern zugunsten kommunaler Wohnungsgesellschaften verbessern! (Drs. 17/10576)

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass zu diesen Tagesordnungspunkten keine Aussprache stattfindet. Wir kommen deshalb gleich zur Abstimmung. Vereinbart wurde außerdem, dass wir über die Voten in den jeweiligen Ausschüssen abstimmen lassen. Gibt es dazu Widerspruch? Nein. – Dann lasse ich so abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion in die vorgenannten federführenden Ausschüsse einverstanden ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. – Gegenstimmen? Keine. – Enthaltungen? – Auch keine. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Anträge sind damit abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bayerisches Niveau beim Arbeitnehmerschutz in ganz Bayern sichern: Europäisches Patentamt in die Pflicht nehmen!", Drucksache 17/10518, bekannt. Mit Ja haben 50 gestimmt, mit Nein 68. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung angekommen. Ich schließe die Sitzung und wünsche noch einen schönen Abend, in welcher Gaststätte auch immer Sie den verbringen möchten.

(Schluss: 21.26 Uhr)